

Studierendenparlament der JLU Gießen  
Otto-Behaghel-Straße. 25  
Haus D  
35392 Gießen



Links Grün Versifftete Liste SDS  
c/o LINKE.Gießen  
Marktplatz 2  
35390 Gießen

---

Gießen, den 22.10.2023

### Antrag zu KfW-Zinserhöhung

Sehr geehrte Parlamentarier\*innen,  
Liebe Studierendenschaft,

Hiermit stelle ich folgenden Beschluss zur Debatte: ***Das Studierendenparlament fordert den Allgemeinen Studierendenausschuss dazu auf, sich in seiner nächsten Sitzung mit der Thematik der Erhöhung der Zinsen für den KfW-Studienkredit zu befassen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen und die Lebenssituation der betroffenen Studierenden zu verbessern.***

Ich halte diesen Antrag für dringend erforderlich, weil die KfW zum 1. Oktober 2023 die Zinsen für den KfW-Studienkredit (von noch im August 2022 bei 3,38 Prozent liegend) auf 9,17 Prozent angehoben hat. Dies bedeutet mehr als eine Verdopplung der monatlichen Zinsbelastung für die Studierenden, die diesen Kredit in Anspruch nehmen und auf ihn angewiesen sind. Viele von ihnen haben bereits hohe Schulden aufgebaut und müssen nun noch mehr Geld zurückzahlen. Dies erschwert ihnen unter anderem den Abschluss ihres Studiums, den Einstieg in den Arbeitsmarkt und auch die Gründung einer Familie.

Die Erhöhung der Zinsen widerspricht auch dem gesellschaftlichen Ziel, allen jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen Freien gleichberechtigten Zugang zu Bildung und Chancengleichheit zu ermöglichen. Der KfW-Studienkredit sollte ein Instrument sein, um Studierende finanziell zu unterstützen und nicht zu belasten.

Die Erhöhung der Zinsen ist ein Zeichen dafür, dass die Bundesregierung die Bildungspolitik vernachlässigt und die Verantwortung für die Finanzierung des Studiums auf die Studierenden selbst abwälzt. Dies ist weder Vernünftig, noch Gerech. Die Bundesregierung sollte stattdessen mehr in die Bildung investieren und für eine ausreichende und gerechte Finanzierung des Hochschulsystems sorgen.

Aus diesen Gründen erwarte ich vom AstA, dass er sich für die Interessen der Studierenden einsetzt, über die Thematik in seiner kommenden Sitzung ausgiebig spricht und folgende Schritte in Betracht zieht:

1. Es soll eine Stellungnahme gegen die Erhöhung der Zinsen veröffentlicht und an die Öffentlichkeit, die Medien, die KfW und die Bundesregierung kommuniziert werden.
2. Es soll eine Informationskampagne über die Folgen der Zinserhöhung für die Studierenden durchgeführt und Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung gestellt werden.
3. Es soll eine Petition an den Bundestag initiiert werden, in der gefordert wird, dass die Zinserhöhung rückgängig gemacht wird.
4. Es soll eine Protestaktion vor der KfW-Zentrale in Frankfurt organisiert werden, um auf die Situation der Studierenden aufmerksam zu machen und Druck auf die KfW auszuüben.

Ich hoffe herzlichst, dass alle dem Antrag zustimmen und danke für die Aufmerksamkeit und das Engagement.

Mit solidarischen Grüßen,

Sebastian Weismann  
Links Grün Versiffte Liste SDS